

KRETSCHMANN, CLAUDIA

STUDIENSTRUKTURREFORM AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN: SOZIALE HERKUNFT UND BILDUNGSENTSCHEIDUNGEN – EINE EMPIRISCHE ZWISCHENBILANZ ZUM BOLOGNA-PROZESS

Claudia Kretschmann, Universität Göttingen, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI),
claudia.kretschmann@sofi.uni-goettingen.de

AD-HOC-GRUPPE 38: AUSBILDUNGSSYSTEME IM WANDEL: GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN, NATIONALE REAKTIONEN UND DEREN KONSEQUENZEN FÜR DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT IN EUROPA

Im Jahr 1999 wurde mit der „Bologna-Erklärung“ das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Seither befindet sich die deutsche Hochschullandschaft mit der sukzessiven Einführung einer gestuften, stärker berufsorientierten und zeitlich eingegrenzten Studienstruktur mit den Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ in einer tiefgreifenden Umbruchsituation. In der Bundesrepublik Deutschland ist von politischer Seite mit der Umstellung auf die neue Studienstruktur auch die Erwartung verbunden, die im OECD-Vergleich geringe Studierbereitschaft der Schulabgänger/innen mit Hochschulreife nachhaltig zu erhöhen und insbesondere Studienberechtigte aus niedrigen Sozialschichten zur Aufnahme eines Studiums zu motivieren („Soziale Dimension“). Auf der Grundlage von eigenständig durchgeführten sekundäranalytischen Auswertungen der Datensätze der HIS-Studienberechtigtenbefragungen 2002, 2004 und 2005 wird mit diesem Beitrag der Frage nachgegangen, ob sich im Untersuchungszeitraum Tendenzen identifizieren lassen, wonach sich mit der Studienreform an deutschen Hochschulen die Studierbereitschaft von Schulabgänger/innen insgesamt erhöht und sich außerdem soziale Disparitäten beim Übergang in das Hochschulstudium verringern. Um zu untersuchen, durch welche sozialen Mechanismen unterschiedliche Antworten auf die beiden forschungsleitenden Fragen verursacht sein könnten, werden konkurrierende Erwartungen einerseits aus einer mikrosoziologischen Perspektive der Theorie rationaler Bildungsentscheidungen und andererseits aus der mesosozialen, konflikttheoretischen Perspektive des Credentialismus abgeleitet. Die empirischen Analysen zeigen, dass bis 2005 die Studienreform sozialschichttypische Bildungsbenachteiligungen nicht effektiv kompensiert: Weder erhöht sich die Studierbereitschaft der Studienberechtigten insgesamt noch werden Studienberechtigte niedriger Sozialschichten in stärkerem Umfang für ein Studium motiviert. Vielmehr deuten die Ergebnisse auf ein verstärktes institutionalisiertes „Ausbremsen“ letzterer vor den Toren (aber auch innerhalb) der Hochschulen hin.